

SWR2 Wissen

50 Jahre Kniefall von Warschau

Das Erbe der deutschen Ostpolitik

Von Andrea Rehmsmeier

Sendung: Montag, 7. Dezember 2020, 8.30 Uhr

Redaktion: Sonja Striegl

Regie: Sonja Striegl

Produktion: SWR 2020

Die große Vergebungsbite von Willy Brandt, der Kniefall am Ehrenmal für die Toten des Warschauer Ghettos, läutete eine neue Ostpolitik der Annäherung ein. Was ist heute davon übrig?

Bitte beachten Sie:

Das Manuskript ist ausschließlich zum persönlichen, privaten Gebrauch bestimmt. Jede weitere Vervielfältigung und Verbreitung bedarf der ausdrücklichen Genehmigung des Urhebers bzw. des SWR.

SWR2 können Sie auch im **SWR2 Webradio** unter www.SWR2.de und auf Mobilgeräten in der **SWR2 App** hören – oder als **Podcast** nachhören.

Kennen Sie schon das Serviceangebot des Kulturradios SWR2?

Mit der kostenlosen SWR2 Kulturkarte können Sie zu ermäßigten Eintrittspreisen Veranstaltungen des SWR2 und seiner vielen Kulturpartner im Sendegebiet besuchen. Mit dem Infoheft SWR2 Kulturservice sind Sie stets über SWR2 und die zahlreichen Veranstaltungen im SWR2-Kulturpartner-Netz informiert. Jetzt anmelden unter 07221/300 200 oder swr2.de

Die SWR2 App für Android und iOS

Hören Sie das SWR2 Programm, wann und wo Sie wollen. Jederzeit live oder zeitversetzt, online oder offline. Alle Sendung stehen mindestens sieben Tage lang zum Nachhören bereit. Nutzen Sie die neuen Funktionen der SWR2 App: abonnieren, offline hören, stöbern, meistgehört, Themenbereiche, Empfehlungen, Entdeckungen ...
Kostenlos herunterladen: www.swr2.de/app

MANUSKRIPT

Musik

O-Ton Reporter:

Der Kanzler rückt jetzt die Schleife, die schwarz-rot-goldene Schleife, an dem Kranz zurecht und verharrt dann schweigend vor dem Denkmal.

Sprecherin:

Warschau, 7. Dezember 1970. Ein Bild geht um die Welt. Am Ehrenmal für die Toten des Warschauer Ghettos sinkt Willy Brandt plötzlich in die Knie. Dann verharrt der deutsche Bundeskanzler – die Hände vor dem Bauch gefaltet, den Blick gesenkt. Ein Augenblick, an dem viele Beobachter den Atem anhalten. Vor 50 Jahren bat Willy Brandt um Vergebung für die deutschen Gräueltaten und das entsetzliche Leid, das Nazi-Deutschland angerichtet hatte. Er läutete damit eine neue Ostpolitik ein, die die deutsche Außenpolitik jahrzehntelang prägen sollte. Was ist davon übriggeblieben?

Ansage:

50 Jahre Kniefall von Warschau – Das Erbe der deutschen Ostpolitik. Von Andrea Rehmsmeier.

Sprecherin:

Willy Brandts Vergebungsbitte kam unerwartet. Es ist die Zeit des Kalten Krieges. Die Weltpolitik steht unter der Doktrin der nuklearen Abschreckung: Nato und Warschauer Pakt drohen sich die "wechselseitige gesicherte Vernichtung" an:

O-Ton Wolfgang Zellner:

Ich kann mich tatsächlich daran erinnern, weil mich dieses Bild von Willy Brandt, am Boden kniend, schlagartig hat verstehen lassen, dass da irgendwas los ist.

Sprecherin:

Dr. Wolfgang Zellner vom Hamburger Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik war damals ein 17-jähriger Schüler.

O-Ton Wolfgang Zellner:

Und dann habe ich auch verstanden, dass Deutschland da Schuld auf sich geladen hatte, weil sonst geht man nicht auf die Knie und schon gar nicht als Bundeskanzler und schon gar nicht im Ausland. Da ist mir ganz plötzlich sowas klargeworden, was im Geschichtsunterricht ja niemals durchgenommen worden ist. Weil über den Ersten Weltkrieg sind wir damals niemals hinausgekommen.

Sprecherin:

Der Kniefall von Warschau gilt als ein früher Meilenstein auf dem Weg zur deutschen Wiedervereinigung und als ikonische Verkörperung von Brandts Politik des „Wandels durch Annäherung“: um Vergebung bitten, ohne Stärke zu demonstrieren. Gemeinsame Interessen suchen, ohne ideologisch auf Fundamentalpositionen zu beharren. Zugeständnisse machen, um die Gegenseite für Zugeständnisse zu öffnen.

O-Ton Wolfgang Zellner:

Es war eine ganz große Geste, meines Erachtens kaum zu übertreffen. Ein Kniefall bedeutet ja so etwas wie Demut. Es ist eine große moralische, ja fast schon religiöse Signatur. Ich glaube, so etwas hat eine Wirksamkeit, jenseits von Analysen und Verträgen.

Sprecherin:

50 Jahre später, im Jahr 2020, ist das Prinzip Abschreckung in die Weltpolitik zurückgekehrt.

Musik

Collage Nachrichtenmeldungen:

Schlag - Gegenschlag. Wie dreht sich die Gewalt im Nahen Osten weiter? Droht ein Flächenbrand? Ein Krieg? ... // werde derzeit so stark aufgerüstet wie seit dem Kalten Krieg nicht mehr. So gaben die Staaten insgesamt rund 1,4 Billionen Euro ... // Trump überlässt der Türkei und vor allem Russland das Feld. Europa schaut zu. Berlin streitet. Wer gewinnt den Kampf um Syrien? ... // Russland hat Deutschland im Fall des Giftanschlag auf den Kreml-Kritiker Alexej Nawalny scharf angegriffen. Die Bundesregierung würde die Ermittlungen verschleppen. ... // Dieser erneute Mordversuch und die Drohung und Einschüchterung, die er damit an alle Oppositionellen verbunden ist, hat erneut das wahre Gesicht des Regimes von Wladimir Putin persönlich gezeigt.

Sprecherin:

Konfrontation, Misstrauen, Abkühlung der Beziehungen, Aufrüstung und steigende Rüstungsausgaben weltweit. Die US-Politik scheint unberechenbar, Russland agiert aggressiv, China steigt zur Großmacht auf. Regionale Konflikte drohen zu eskalieren, Extremismus und Terrorismus schreiben Schlagzeilen. Deutschland ist ebenfalls kein Friedensstifter, gerade mit vielen Staaten im Osten gibt es Streit. Hacker-Attacken, ein Mord im Berliner Tiergarten und der versuchte Giftmord an dem Kreml-Kritiker Alexej Nawalny belasten das russisch-deutsche Verhältnis – von Krim-Annexion und Ostukraine-Krieg ganz zu schweigen. Auch mit den EU-Partnern Polen und Ungarn liegt die Bundesregierung über Kreuz: Nord Stream-Pipeline, Migrationsquoten, Verteidigungsausgaben, Reformfragen, EU-Fördergelder.

Und im Inland? Hier steht die deutsche Außenpolitik in der Kritik. „Rumeiern, weggucken, Sorge äußern“, so beschreibt die Presse den Stil des sozialdemokratischen Bundesaußenministers Heiko Maas. FDP-Chef Christian Lindner wird deutlich.

O-Ton Christian Lindner:

In diesen Tagen aber würde ich mir wünschen, dass Frau Merkel in der Außenpolitik stärker erkennbar wäre, und dass wir überhaupt wieder einen Außenminister hätten.

Sprecherin:

Hat der „Wandel durch Annäherung“ ausgedient? 50 Jahre nach Willy Brandts Kniefall ist die Debatte um die Neue Ostpolitik neu aufgeflammt. Kontakt pflegen, gemeinsame Interessen suchen, einbinden. Was ist geschehen, dass das, was zu

Brandts Zeiten eine klar erkennbare politische Haltung war, heute auf so viele wie ein Zeichen außenpolitischer Schwäche wirkt?

Musik

Sprecherin:

Im Zentrum von Warschau, am Ghetto-Mahnmal, erinnert eine Bronzetafel an den 7. Dezember 1970: ein Mann im langen Mantel, kniend vor einem Trauerkranz. Denen, die in diesem Viertel aufgewachsen sind, hat sich die stilisierte Demutsgeste Willy Brandts tief ins Gedächtnis eingeschrieben.

O-Ton Agnieszka Łada:

Ich bin mit der Geschichte groß geworden. Ich habe eigentlich während meiner ganzen Kindheit das Ghetto-Denkmal gesehen. Und natürlich auch alle Feierlichkeiten, wenn es um das Ghetto ging oder um diese Kniefall-Geschichte.

Sprecherin:

Die gebürtige Warschauerin Agnieszka Łada ist stellvertretende Direktorin am deutschen Polen-Institut in Darmstadt. Gerade wurde hier die Meinungsforschungs-Studie „Nachbarschaft mit Geschichte“ erstellt. Ein zentrales Ergebnis: Die schwierige gemeinsame Geschichte bestimme noch immer stark die politische Gegenwart. Für die Polen habe der Kniefall von Warschau das Feindbild des militaristischen Deutschen zwar deutlich abgemildert – zerstören konnte er es nicht:

O-Ton Agnieszka Łada:

Sogar jetzt heute: Jede dritte Assoziation, die die Polen mit Deutschland haben, beschäftigt sich mit Krieg. Früher, direkt in den Siebzigerjahren, das waren noch viel mehr. Also die Geste hat jetzt nicht sofort die Wahrnehmung geändert.

Sprecherin:

In der kommunistischen Staatspresse der Volksrepublik Polen hatte Brandts Kniefall kaum Erwähnung gefunden. Doch das ist nicht der einzige Grund, warum dem Ereignis heute in Polen weniger Bedeutung zugemessen wird als in Deutschland. Wenn die Deutschen an Willy Brandts Kniefall denken, dann erinnern sie sich an eine ikonische Versöhnungsgeste, die wie aus Nichts kam und eine neue politische Ära einleitete. Im historischen Gedächtnis der Polen aber wurde die Versöhnung von polnischer Seite angestoßen. Sie begann bereits fünf Jahre früher, am 18. November 1965. Damals schrieben polnische Bischöfe einen Brief an die Deutsche Katholische Bischofskonferenz. Darin stand der Satz: „Wir vergeben und bitten um Vergebung“.

O-Ton Agnieszka Łada:

Das hatte natürlich eine Riesen-Diskussion verursacht, ob die Polen um die Vergebung bitten sollen. Die polnischen Regierenden damals in der Volksrepublik Polen haben das heftig kritisiert. Also vor dem Kniefall ist so viel passiert und emotional diskutiert, dass einfach die Grundlage in Polen war total anders als in Deutschland. Natürlich, das war wichtig für die deutsch-polnischen Beziehungen, aber vielleicht weniger der Kniefall selbst als die Warschauer Verträge, die unterzeichnet wurden.

O-Ton Unterzeichnung Warschauer Vertrag, Reporter:

Es ist Punkt zwölf Uhr, die Tür öffnet sich und Willy Brandt, der Bundeskanzler, kommt zusammen mit dem polnischen Ministerpräsidenten, Cyrankiewicz, heraus. Sie schreiten die wenigen Schritte zu dem Tisch, setzen sich nieder.

Sprecherin:

Der Warschauer Vertrag ist der zweite von insgesamt sieben Ostverträgen unter Brandts Kanzlerschaft. Mit seiner Unterzeichnung am 7. Dezember 1970 im Warschauer Palais sichern sich die Staatschefs von Polen und Deutschland gegenseitig die Unverletzlichkeit ihrer Grenzen zu. Das ist nicht nur für die Heimatvertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten bitter: Faktisch verpflichtet sich die Bundesregierung, die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze zu akzeptieren – und keine Gebietsansprüche mehr an Polen zu erheben.

O-Ton Reporter:

Dieser Vertrag von Warschau, wie der Bundeskanzler heute Abend in einer Fernseh- und Rundansprache sagen wird, soll einen Schlusstrich setzen unter Leiden und Opfer einer bösen Vergangenheit. Er soll eine Brücke schlagen zwischen den beiden Staaten und den beiden Völkern.

Sprecherin:

In der Bonner Republik schäumt die Opposition: Ohne Not habe der SPD-Kanzler Brandt deutsche Interessen preisgegeben. Doch die neue Ostpolitik geht weiter. Um das Problem des geteilten Berlin zu lösen und Kontakte zwischen Ost- und Westdeutschen zu erleichtern, verhandelt die Regierung Brandt mit Moskau, mit Warschau – ja, sogar mit Ost-Berlin. Die pragmatische Idee von einer „Politik der kleinen Schritte“ geht auf. Am 3. September 1971 folgt das so genannte „Viermächte-Abkommen“. Die USA, die Sowjetunion, Großbritannien und Frankreich regeln damit den Reiseverkehr zwischen den beiden deutschen Staaten. Gut zwei Wochen später: Im Deutschen Bundestag findet am 23. September 1971 eine Fragestunde zur Ostpolitik statt. Rainer Barzel, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, will Kanzler Brandt durch ein konstruktives Misstrauensvotum absetzen.

O-Ton Rainer Barzel:

(Tumult) Eine solche Politik ist Deutschland und Europa bisher immer schlecht bekommen. Meine Damen und Herren, Sie werden die Opposition nicht mundtot machen. (Applaus)

Sprecherin:

International hingegen erhält Brandts Ostpolitik Rückenwind. Dafür wird er sogar zwei Monate später den Friedensnobelpreis erhalten. Denn auch zu Nato und Warschauer Pakt laufen Verhandlungen, und zwar überraschend konstruktiv. Nach 25 Jahren Wettrüsten sind auf den Territorien der beiden Supermächte über 40.000 Atomsprengköpfe stationiert. Jetzt soll Rüstungskontrolle die Spirale unterbrechen: „SALT I“ begrenzt die Zahl der Interkontinentalraketen; ABM unterbindet weitgehend die Raketenabwehr; Biowaffen werden ganz verboten. Willy Brandt fühlt sich bestätigt:

O-Ton Willy Brandt:

(Zwischenrufe) Jetzt spreche ich und sage meine Meinung! Und deshalb wiederhole ich: Niemand hat das Recht, in Zweifel zu ziehen, dass sich die Außenpolitik dieser

Bundesregierung vor allem auch, wo es um Ost-West-Fragen geht, im Rahmen dessen bewegt, was im atlantischen Bündnis und in der westeuropäischen Gemeinschaft abgesprochen worden ist. (Applaus)

Sprecherin:

Das Misstrauensvotum im Deutschen Bundestag übersteht er zwar knapp, doch im Jahr 1974 stürzt er über die Guillaume-Affäre: Einer seiner engsten Mitarbeiter ist als DDR-Spion enttarnt worden. Am 5. Mai 1974 tritt Brandt als Bundeskanzler zurück. Dann, 25 Jahre später, erfährt der SPD-Politiker im Alter von 75 Jahren Genugtuung. Die Berliner Mauer fällt. „Wandel durch Annäherung“, das Motto der deutschen Ostpolitik, erlebt ihren Höhepunkt: die Wiedervereinigung und schließlich den Fall des Eisernen Vorhangs. Am 10. November 1989 gibt Willy Brandt inmitten des Tumults in Berlin ein bewegtes Interview:

O-Ton Willy Brandt:

Dies war ein langer Weg. Jetzt sind wir in einer Situation, in der wieder zusammenwächst, was zusammengehört. Das gilt für Europa im Ganzen.

Sprecherin:

Gilt das auch für die *aktuellen* Beziehungen zwischen Polen und Deutschen? Als am 1. August 2019 Warschau den 75. Jahrestag des Aufstands gegen die deutschen Besatzer begeht, ist trotz vieler tagespolitischer Divergenzen eine Delegation aus Deutschland dabei. Im Museum des Warschauer Aufstands hält Außenminister Heiko Maas eine Rede. Er bittet das polnische Volk um Vergebung:

O-Ton Heiko Maas (Rede zum Warschauer Aufstand):

Ich bin hierhergekommen, weil ich die Toten ehren und die Familien der Toten und Verletzten, weil ich das polnische Volk auch um Vergebung bitten will.

Sprecherin:

Die Niederschlagung des Warschauer Aufstands gilt als eines der größten Kriegsverbrechen des Zweiten Weltkriegs. Hunderttausende polnische Soldaten und Zivilisten kommen ums Leben, 500.000 Zivilisten werden deportiert. Die polnische Hauptstadt wird von den deutschen Truppen dem Erdboden gleichgemacht.

O-Ton Heike Maas:

Ich schäme mich für das, was Ihrem Land von Deutschen und auch in deutschem Namen angetan worden ist. Und ich schäme mich auch dafür, dass diese Schuld nach dem Krieg viel zu lange verschwiegen worden ist.

O-Ton Agnieszka Łada:

Das war eine supergute Rede, auch in Polen sehr positiv wahrgenommen. Das waren wirklich die richtigen Worte, die er gefunden hat. Es ging wirklich gerade darum, um zu unterscheiden, die Polen haben sehr gelitten, weil Ghettos und KZ auf polnischem Boden waren. Aber auch Polen nicht-jüdischer Abstammung haben gelitten und sind gestorben.

Sprecherin:

Außenminister Maas ist es gelungen, einen lange bestehenden Miss-Ton in den deutsch-polnischen Beziehungen abzuschwächen, analysiert die Politologin

Agnieszka Łada. Denn nicht erst seit Willy Brandt vor dem Denkmal des Warschauer Ghettos in die Knie sank, gibt es in ihrem Heimatland einen bitteren Verdacht: Die Schuldeingeständnisse und Vergebungsbitten der Deutschen könnten in erster Linie den jüdischen Holocaust-Opfern gelten, nicht aber den Abermillionen Polinnen und Polen, die Opfer des rassistischen Vernichtungskriegs gegen die slawische Bevölkerung wurden. Die Warschauerin ist sicher, dass kein deutscher Außenminister in Polen je auf offene Ohren stoßen wird, ohne einen sensiblen Umgang mit dieser Vergangenheit.

O-Ton Agnieszka Łada:

Wenn Deutschland sich kritisch gegenüber Polen äußert, dann ist das sofort mit der Geschichte verbunden: „Damals haben uns schon die Deutschen gesagt, was wir zu tun hatten, das dürfen sich die Deutschen nicht mehr erlauben.“ Und das kann man natürlich mit der Geschichte sehr gut verstehen. Aber heutzutage, wenn man gemeinsam in der EU ist, da kann man schon sagen: Das gibt bestimmte Wertesysteme, die wir alle akzeptiert haben, und das soll man auch von dem Partner verlangen.

Sprecherin:

Kritik, die ohne Lehrmeisterei geäußert wird, stößt in Polen durchaus auf offene Ohren, glaubt die Politologin – wenn nicht bei den Kaczyński-Anhängern, so aber doch bei Millionen von Bürgerinnen und Bürgern, die sich selbst eine enge polnisch-deutsche Freundschaft wünschen, und die ebenfalls für eine starke europäische Wertegemeinschaft kämpfen. Nur in einem Kritikpunkt, sagt Łada, sind sich in Polen so gut wie alle einig: Nord Stream. In dem Verdacht, dass Deutschland mit Russland eine abgekartete Energie-Allianz eingegangen ist.

Collage Nachrichtenmeldungen:

Die USA und Polen wollen gemeinsam Front gegen das deutsch-russische Pipeline-Projekt Nord Stream 2 machen. ... // Wir, glaube ich, haben unterschiedliche Meinungen zu dem Thema NordStream, das muss man so benennen. ... // Trotz Einigkeit in der Verteidigungs- und Außenpolitik gebe es noch Meinungsverschiedenheiten, so Merkel.

Sprecherin:

Die Pipeline, die Deutschland direkt mit Russland verbindet, verurteilen die Polen als eigennützige Interessengemeinschaft mit einer Großmacht, die womöglich Expansionspläne in ihren alten Einflussgebieten hegt.

O-Ton Agnieszka Łada:

Jedes Projekt, was Russland wirtschaftlich so hilft, wird in Polen sehr kritisch wahrgenommen. Aus guten Gründen. Deshalb, mit dem Thema Nord Stream, da werden die Polen nie einverstanden sein, dass Deutschland hier einfach das wirtschaftlich fortsetzt.

Sprecherin:

Was dabei in Polen viele übersehen: Mit dem Verhältnis zwischen Russland und Deutschland steht es nicht zum Besten. Im Sommer 2020 sorgte der versuchte Giftmord an Kreml-Kritiker Nawalny für einen Tiefpunkt, einige CDU-Politiker fordern deshalb, das Pipeline-Projekt einzufrieren. Die gesamte EU reagiert mit Sanktionen

gegen Russland. Moskau kündigt Gegensanktionen an, die sich speziell auch gegen deutsche Beamte richten, denn Deutschland sei bei der Verhängung von Sanktionen die „Lokomotive“. Der russische Außenminister Sergej Lawrow nennt die Vorwürfe, dass Moskau Alexej Nawalny vergiftet habe, „skandalös“.

Musik

Sprecherin:

Muss Deutschland im Jahr 2020 eingestehen, mit seiner Russlandpolitik gescheitert zu sein? Sind Modernisierungspartnerschaften und Gemeinschaftsprojekte nicht sogar gefährlich kontraproduktiv, wenn sie damit ein Regime stützen, das zunehmend autoritär und aggressiv auftritt? Dr. Susan Stewart stellt solche Fragen schon seit vielen Jahren. Als Russland-Expertin in der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik berät die US-Amerikanerin die Bundesregierung. Immer wieder beobachtet Stewart eine ambivalente Haltung, die die deutsche Politik gegenüber Russland kennzeichnet. Die führt sie nicht zuletzt auf das Erbe von Willy Brandts Ostpolitik zurück.

O-Ton Susan Stewart:

Ja, die Furcht, was ist, wenn wir Russland verprellen? Was passiert dann? Die Notwendigkeit, mit Russland zu arbeiten in vielen verschiedenen Bereichen der Außenpolitik. Diese Vorsicht beruht meines Erachtens nicht nur und auch nicht hauptsächlich, auf dieser Vergangenheit. Aber sie schwingt mit.

Sprecherin:

Nach Krim-Annexion, Militärunterstützung für das Regime in Syrien, Hacker-Attacken auf den Bundestag, nach Morden und Mordanschlägen auf Oppositionelle ist sich die US-Politologin sicher: Der altgediente Ansatz „Wandel durch Annäherung“ ist in einem Russland unter Putin aussichtslos.

O-Ton Susan Stewart:

Ich glaube, diese Idee der Annäherung hat verkannt, dass die russische Führung oft möchte, dass die andere Seite schwach aussieht. Sie identifiziert sehr geschickt die Schwächen der anderen Seite und nutzt sie aus. Und für Russland – die Führung fühlt sich besser, wenn es keine Win-Win-Situation gibt, sondern wenn Russland die stärkere Seite ist und die andere Seite dann etwas verliert. Und ich glaube, das ist etwas, das für die deutsche Seite nicht so in die Köpfe passt.

Sprecherin:

Ein Beispiel für die verfehlte deutsche Annäherungspolitik sei die Nord Stream-Pipeline, an der die Bundesregierung trotz vehementer internationaler Kritik bis heute festhält. Allerdings registriert Stewart ein Umdenken, seit Russland die Krim annektiert hält und mit seiner Militärunterstützung die Kampfhandlungen in der Ostukraine immer neu anheizt. Deutschland unterstützt seither ausdrücklich die Sanktionspolitik der Europäischen Union. Außerdem ist die Bundeswehr seit Anfang 2017 an einer Nato-Mission beteiligt, die Russland von einem Überfall auf Polen oder die Staaten des Baltikums abschrecken soll. Schließlich weisen die östlichen EU-Mitgliedstaaten seit Jahren vehement auf die Gefahr hin, dass Russland in ihr Territorium einrücken könnte.

O-Ton Susan Stewart:

Momentan halte ich es nicht für real, dass Russland ein Nato-Land angreift. Aber das liegt teilweise daran, dass die Verhältnisse so sind, wie sie sind, und dass die Nato weiterhin durchaus stark ist. Und das weiß die russische Führung.

Sprecherin:

Trotzdem suchen der russische und der deutsche Außenminister immer wieder das Gespräch. Bei einem Arbeitsgespräch im August 2020 tauschen sie sich über Nord Stream und Rüstungskontrolle aus, über die Krisenregionen Ostukraine, Belarus, Syrien und Libyen, über Hacker-Attacken und den Tiergarten-Mord. Und es gibt ein sehr besonderes Rahmenprogramm: Gemeinsam schauen sich Sergej Lawrow und Heiko Maas das Original des Moskauer Vertrags an – des ersten Ostvertrags, der vor 50 Jahren die Ost-West-Entspannung einleitete. Sergej Lawrow würdigt das Ereignis ausführlich.

O-Ton Sergej Lawrow, darüber Übersetzer:

Am 12. August 1970, als der Vertrag unterzeichnet wurde – trotz des damals vorherrschenden Klimas des Misstrauens und des starken ideologischen Drucks – hat sich die Sowjetunion mit Überzeugung dazu entschlossen, mit dem Westen zusammenzuarbeiten – im Sinne einer friedlichen und respektvollen Partnerschaft mit dem Westen. Die pragmatische Ostpolitik des Willy Brandt sollten wir fortführen.

Sprecherin:

Damit plädiert Lawrow in einer politisch verfahrenen Situation überraschenderweise für Annäherung und Entspannung. Auch der deutsche Außenminister Maas spricht von einem Meilenstein, an den man sich gerade in diesen Zeiten erinnern sollte.

Musik

Sprecherin:

Im Sommer 2020 spricht das Stockholmer Institut Sipri in seinem aktuellen „Jahrbuch der Rüstung“ vom „neuen nuklearen Wettrüsten“. Insgesamt neun Atommächte verfügten derzeit über geschätzte 13.400 Atomsprengköpfe. Die USA und Russland hätten umfassende und teure Programme in Angriff genommen, um ihre nuklearen Arsenale und die entsprechenden Raketen- und Luftwaffen-Kapazitäten zu modernisieren. Auch der Friedensforscher Wolfgang Zellner, der die sicherheitspolitischen Entwicklungen seit den 80er-Jahren verfolgt, ist über die aktuelle Lage der Weltpolitik beunruhigt.

O-Ton Wolfgang Zellner:

Zunächst muss man mal festhalten, dass die Rahmenbedingungen von damals und heute völlig unterschiedlich sind. Wir haben auch die Periode eines hegemonialen Wandels, also des Aufstiegs Chinas und des relativen Abstiegs der USA. Das ist alles viel komplexer geworden und viel vielschichtiger. Aber eines fällt tatsächlich auf: Im Kalten Krieg hatten wir zumindest seit den frühen 70er-Jahren immer Rüstungskontrollabkommen und einen ständigen Dialog.

Sprecherin:

Heute gibt es zwischen den USA und Russland keine Abkommen mehr, die die Zahl der Abschussvorrichtungen für Interkontinentalraketen begrenzen oder landgestützte Mittelstreckenwaffen verbieten.

O-Ton Wolfgang Zellner:

Die Gespräche zwischen den USA und Russland sind weitgehend zusammengebrochen. Es gibt nur noch ganz sporadisch irgendwas, und dann teilweise auch auf vergleichsweise niedriger Ebene. Und wir haben auch im strategischen Dialog in Europa nur noch wenige westeuropäische Staatschefs – Frau Merkel ist einer – die einen regelmäßigen Austausch mit Herrn Putin pflegen. Und ich meine, dass es notwendig ist, überhaupt erst einmal die Brisanz der Lage zu erkennen. Trotz vieler konkurrierender Themen: Ökologie, Klimakatastrophe, Corona. Und das ist meines Erachtens nicht der Fall.

Sprecherin:

Ob Missverständnis oder gezielter Angriff: Die Gefahr, dass Raketen oder Drohnengeschwader auf die Reise geschickt werden, liegt nicht so fern wie es vielen scheint, fürchtet Zellner. Anders als für Russland-Expertin Susan Stewart von der Stiftung Wissenschaft und Politik steht für den Friedensforscher Wolfgang Zellner fest, dass an einem Neustart der NATO-Russland-Beziehungen kein Weg vorbeiführt. Und Deutschland, das mit Frankreich die lauteste Stimme in der Europäischen Union hat, komme in der Moderation des Ost-West-Dialogs eine besondere Rolle zu – Nawalny-Giftanschlag, Tiergartenmord und Hacker-Attacken zum Trotz.

O-Ton Wolfgang Zellner:

Dass das beim Namen genannt wurde, finde ich gut. Aber trotzdem sollte man den Dialog mit Russland auf jeder Ebene und auch auf hoher Ebene niemals abreißen lassen und versuchen, zu einem Ergebnis zu kommen. Ich kann jetzt nicht sagen, nur weil Russland dies und jenes gemacht hat, was wir als schlecht und böse und verwerfenswert ansehen, reden wir denen nicht mehr. Das wäre die falsche Konsequenz.

Sprecherin:

Der Vorschlag des Friedensforschers: ein neues Nato-Russland-Abkommen zur Verhütung militärischer Zwischenfälle. Nicht nur aus Gründen der Gefahrenabwehr sei das dringend geboten. Es könnte der Anfang von neuen turnusmäßigen gegenseitigen Kontrollen sein – mit Waffeninspektoren, die verloren gegangenes Vertrauen allein schon durch ihre Arbeitsroutine stärken. So wie es sich schon im Kalten Krieg bewährt hat. Es ist ein Vorschlag wie aus dem ostpolitischen Werkzeugkasten des Willy Brandt: ein pragmatischer erster Schritt, der erst zu Stabilität und dann zu Entspannung führen könnte. In Deutschland erinnere man sich gut an solch bewährte Methoden, vermutet Zellner. Die Bundesregierung wendet sie bis heute an. Und bei allem, was es an der deutschen Außenpolitik derzeit zu kritisieren gebe: Für Zellner geht vieles in die richtige Richtung.

O-Ton Wolfgang Zellner:

Geduldige Kleinarbeit, das steht nicht in der Zeitung. Da sind keine Sensationen zu vermelden. Das steht jetzt nicht im Fokus der Öffentlichkeit. Das ist meines Erachtens fundamental wichtig und passiert in regelmäßigen Abständen.

Sprecherin:

In zwei Monaten, am 5. Februar 2021, wird der letzte verbliebene atomare Abrüstungsvertrag zwischen Russland und den USA auslaufen: „New Start“. Die Verhandlungen über eine Verlängerung stocken seit langem, denn die US-Regierung besteht auf einem Beitritt Chinas, Peking aber lehnt das ab. Doch unerwartet, im Oktober, ist Bewegung in die Diskussion gekommen: ein Angebot aus Moskau. Russland werde die Zahl seiner Atomsprengköpfe auf den gegenwärtigen Stand begrenzen, sofern die USA dasselbe täten. So sei es möglich, das New Start-Abkommen zu verlängern, teilte das russische Außenministerium mit. Zunächst einmal für ein Jahr und ohne jede Vorbedingung. Besteht 50 Jahre nach dem Kniefall von Willy Brandt in Warschau doch noch eine zarte Hoffnung auf Annäherung zwischen Ost und West?
